

neokolonialistischen Ausbeutung - die Hauptursache für die Unterentwicklung - zu liquidieren sowie die Wurzeln der nationalen und Rassenunterdrückung auszurotten.

Die Völker aller Kontinente haben das unveräußerliche Recht, in Frieden, Unabhängigkeit und Freiheit zu leben, souverän über ihre nationalen Reichtümer im Interesse der Hebung ihres Wohlstandes, der Würde und des Glücks ihrer Bürger zu verfügen. Niemand hat das Recht, sich in Fragen ihres inneren Lebens einzumischen, die nur von ihnen selbst gelöst werden können. Als Feinde des Friedens und der Menschheit unterliegen die Kolonial- und Rassistenregimes in Afrika und allen anderen Teilen der Erde einer weltweiten Verurteilung und einem allgemeinen Boykott.

7. Beharrlich danach zu streben, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf gerechter und demokratischer Grundlage umzugestalten und eine neue internationale Wirtschaftsordnung zu schaffen, die eine beschleunigte Beseitigung der ökonomischen Rückständigkeit der Entwicklungsländer und einen dynamischen Fortschritt aller Völker, der gesamten Menschheit, gewährleistet.

8. Aktiv dafür zu wirken, in den internationalen Beziehungen die Normen der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Nichtanwendung und Nichtandrohung von Gewalt, der Achtung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität sowie des unveräußerlichen Rechts eines jeden Volkes auf freie Wahl seines Entwicklungsweges entsprechend seinem Willen und seinen Hoffnungen fest zu verankern; die zwischenstaatlichen Beziehungen unter strikter Einhaltung der auf der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa angenommenen Prinzipien zu gestalten; unbeirrt eine Politik der friedlichen Koexistenz zu verfolgen. In diesem Zusammenhang bekräftigen die auf der Tagung vertretenen Staaten erneut ihre Entschlossenheit zur Herstellung und Entwicklung breiter gleichberechtigter Beziehungen und zur Zusammenarbeit zwischen allen Ländern der Welt.

Die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertretenen Staaten werden im Kampf für die Erreichung dieser Ziele, für die Verwirklichung der berechtigten Hoffnungen der Völker keine Kräfte scheuen. Sie werden dabei in internationalen Fragen bei voller Wahrung der souveränen Rechte eines jeden von ihnen noch enger zusammenarbeiten und zusammenwirken.

Zugleich halten es die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertretenen Staaten für erforderlich, daß alle Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, ihren politischen Systemen und ihrer Mitgliedschaft oder Nichtmitgliedschaft in Militärbündnissen, die Anstrengungen für den Erfolg dieses Kampfes vereinen. Sie sind bestrebt, die weitere Entwicklung einer derartigen Zusammenarbeit auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz aktiv zu fördern, und bringen ihre Bereitschaft zum Ausdruck, dazu ihren konstruk-